

Ermsdorf sagt nein

Am heutigen Freitag wird sich der Regierungsrat womöglich gleich mit zwei "däregen" Dossiers befassen müssen: Carlo Wagner berichtet von seiner Unterredung mit der Ärztevereinigung und Umweltminister Goerens wird die geplante Bauschuttdeponie in der Gemeinde Ermsdorf zur Sprache bringen. Da das Referendum vom vergangenen Sonntag nicht nach dem Geschmack des Umweltministers war, will er sich Rückendeckung bei seinen RegierungskollegInnen holen. Für ihn steht fest: Die Deponie wird gebraucht und der ausgewählte Standort erfüllt alle Voraussetzungen aus umweltpolitischer Sicht. Dass die Anrainer darüber nicht glücklich sind, sei nachzuvollziehen, letztendlich sei es aber von nationalem Interesse, genügend Bauschuttdeponien zu errichten. Sollte die Regierung den Vorschlägen von Goerens zustimmen, dann hieße das, das Referendum hätte lediglich bewirkt die Genehmigung der Deponie von einer Ministerentscheidung zu einer Regierungssache zu machen. Dass die DeponiegegnerInnen, gestärkt durch ein nicht gerade positives Gutachten des Oekoinstitutes Darmstadt, grundsätzlichere Argumente aufzuführen, als sich nur um ihre privaten Interessen zu sorgen, wird vom Minister ausgeblendet. Da nützt es auch nichts an der Kompetenz des Oekoinstituts herumzumäkeln: Die Deponie Folkendingen ist nicht so lebenswichtig, als dass jetzt nicht zuerst eine sachliche Diskussion um eine nationale Lösung für die Bauschuttverwertung und -deponierung in Angriff genommen werden sollte.

Greenpeace: Tropenholz-Protest erfolgreich

Am 3. November hatte Greenpeace mit einer Aktion gegen den Einsatz von Tropenholz im "Musée de la Forteresse - Fort Thüngen" protestiert. Laut Ausschreibung sollte für den Bau einer 420 Quadratmeter großen Außenterrasse südostasiatisches Tropenholz verwendet werden. Während eines Treffens mit dem Architekten vom "Service des Sites et Monuments" hatten Greenpeace-AktivistInnen darauf hingewiesen, dass dieses Holz nicht aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammt und zudem von der "Food and Agriculture Organisation" (FAO) als bedroht angesehen wird. Greenpeace hatte erneut die Forderung unterstrichen, dass nur einheimisches oder zertifiziertes Holz eingesetzt werden soll. Der Architekt sagte aber, dass der Einsatz einer einheimischen Holzart nicht möglich sei wegen der besonderen Qualität des Tropenholzes. Doch Greenpeace bot Beratungshilfe und siehe da, jetzt gab das Kulturministerium bekannt, dass europäische Eiche benutzt wird bzw. ein vom "Forest Stewardship Council" zertifiziertes Holz. Greenpeace begrüßt diese Entscheidung, die mal wieder gezeigt hat, dass Proteste der Umweltschutzorganisation effektiv sein können.

Etrangers et communales

Le SeSoPi-Centre intercommunautaire - en collaboration avec le commissariat du gouvernement aux étrangers - organise demain, 11 novembre, au Centre Convict de Luxembourg-Ville, un séminaire d'une journée avec les candidat-e-s étrangers et étrangères aux élections communales de 1999. Le titre de travail est: "Candidat-e aux élections communales? Pourquoi? Quelles raisons? Quels obstacles? Quels projets? Quelles pistes pour demain?" Il y a plus d'un an, le SeSoPi a commencé une recherche sur la participation sociale et politique des personnes étrangères comme expression et moyen de leur intégration dans la société luxembourgeoise. Après un premier bilan (dans "RED nr.4", publication du SeSoPi), la recherche s'est poursuivie par l'analyse détaillée des résultats des candidat-e-s non-luxembourgeois-es, par une enquête qualitative auprès de 138 de ces candidat-e-s et par des interviews approfondies de quinze d'entre eux/elles. L'ensemble de ces recherches donnera lieu à des publications vers la mi-décembre 2000 et fin mars 2001.

DREIBORN

Wir wollen hier kein Jugendgefängnis

Das Familienministerium will jugendliche Straftäter von Schrassig nach Dreiborn verlegen. Die BürgerInnen in Wormeldange machen jetzt gegen den Bau einer geschlossenen Abteilung in Dreiborn mobil.

(wey) – Anfang nächsten Jahres sollen die Bauarbeiten eines zusätzlichen geschlossenen Traktes beim "Centre socio-éducatif" in Dreiborn beginnen. Eine Antwort auf den internationalen Druck auf Luxemburg, weil hier immer noch Mädchen und Jungen im Schrassiger Gefängnis sitzen. Geplant ist der Bau eines Sicherheitstraktes mit 12 Einheiten. Bereits am 28. Juli 2000 hatte sich der Gemeinderat von Wormeldingen in einer Stellungnahme einstimmig gegen den Bau ausgesprochen.

Am Dienstagabend stellte er der Presse die Gründe vor. "Wir werden in diesem Dossier einfach übergangen, die Familienministerin hat noch keine Stellung genommen," sagt Schöffe Jean-Paul Cloos. Bürgermeister Erny Demuth erläutert, warum die Gemeinde den Standort für ungeeignet hält: "Uns geht es vornehmlich um die Sicherheit der 300 Kinder, die die Zentralschule der Gemeinden Wormeldingen und Flaxweiler nahe des CSEE Dreiborn besuchen." Außerdem werden bald 80 weitere Kinder durch die Zentralisierung von Vorschule und Früherziehung zur Zentralschule gehen. "Wenn die 12 ge-

schlossenen Zellen besetzt sind, kommen die übrigen Inhaftierten in den offenen Trakt, was ein zusätzliches Sicherheitsrisiko darstellt," sagt Jean-Paul Cloos. Und weiter: "Wenn es da mal einen Aufstand gibt, haben die Sicherheitskräfte in der Gegend keine Chance, denn von Mondorf bis Echternach gibt es nur zwei Polizisten." Das sei für ihn ein Grund, die "Unité de sécurité" näher an die Stadt Luxemburg zu bauen.

Ganz deutlich wurde, dass die Flaxweiler und Wormeldinger Eltern Angst haben. Auf der Pressekonzferenz wurde immer wieder auf das Geiseldrama in Wasserbillig verwiesen.

Dreiborn wird Synonym zu Jugendknast

Auch in puncto Personal gebe es schon heute Probleme, argumentierte der Bürgermeister weiter. Da es schon jetzt schwierig für Dreiborn sei, genug oder gar qualifiziertes Personal zu bekommen. Außerdem machen sich die Gemeindeverantwortlichen Gedanken um den Ruf des Dorfes. Käme nämlich der geschlossene Teil nach Dreiborn, so würde der Ort künftig für die ganze Nation ein Synonym für "Jugendgefängnis" sein. Symbol

dafür wäre die fünf Meter hohe Mauer, die um das Gebäude gezogen würde. Diese Mauer wäre wenige Meter unterhalb der Route de Flaxweiler, worin erneut Sicherheitsrisiken gesehen werden. Zudem läge der Bau in einer Grünzone.

"Ich habe den Eindruck, dass das Familienministerium absichtlich unter der 300 Millionen LUF-Grenze mit diesem Projekt bleibt, damit es nicht durch die Chamber muss," sagt Jean-Paul Cloos gegenüber der WOXX. Die Gemeindeverantwortlichen werden auf jeden Fall darauf achten, dass die legalen Prozeduren eingehalten werden. "Wenn dieser Weg legal gegangen wird, kann der Bau niemals 2001 beginnen," sagt Cloos. Bürgermeister Demuth zog am Dienstag in Erwägung, die Baugenehmigung zu verweigern. Nach den Äußerungen der Ministerin der letzten Tage ist davon auszugehen, dass am Bauvorhaben festgehalten wird. Nächste Woche wird es ein Treffen zwischen der Gemeinde und André Thomé von "info prison" geben. Zwar ist die asbl grundsätzlich gegen ein Jugendgefängnis, wird aber die Kompromisslösung vorschlagen, aus Dreiborn eine "Unité de sécurité" zu machen und das CSEE in Kleingruppen zu dezentralisieren. "Ganz wichtig ist es, die Bevölkerung zunächst einmal aufzuklären, welche Jugendliche zur Zeit in Schrassig im Gefängnis sitzen. Außerdem würde eine geschlossene Sektion in Dreiborn dort die Sicherheit nur verbessern," sagt André Thomé.

Siehe auch Kommentar Seite 8.



Centre socio-éducatif in Dreiborn

EU-MILITARISIERUNG

Nein sagen!

Die EU rüstet auf und Luxemburg macht mit. "Déi Lénk" luden ein zu einer kritischen Informations- und Diskussionsveranstaltung.

(RK) – "Zehn Jahre nach Ende des kalten Krieges dreht sich die Rüstungsspirale erneut", so Aloyse Bisdorff, Abgeordneter von "déi Lénk", bei der Veranstaltung "Europa schaffen mit oder ohne Waffen?" am vergangenen Dienstagabend im Escher "Peuple". Nach einer kurzen Einführung sprach Sylvia-Yvonne Kaufmann, PDS-Abgeordnete im Europaparlament.

Sie fasste die Etappen der Militarisierung der EU zusammen: Von der "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" hin zur "Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik", wobei mit Sicherheit die Möglichkeit gemeint ist, weltweit militärisch zu intervenieren. Diese Entwicklung habe sich schnell, unbemerkt und an den Parlamenten vorbei vollzogen. "Zwar werden die Bundeswehr und andere Armeen zahlenmäßig verkleinert, doch das bedeutet nicht Abrüstung, sondern Umstrukturierung und Modernisierung", erläuterte Sylvia-Yvonne Kaufmann. Zum Beispiel habe die Friedrich-

Ebert-Stiftung aus dem von den USA dominierten Kosovo-Krieg den Schluss gezogen, dass die EU eigene hochmobile Streitkräfte aufbauen müsse. "Diese Abkopplung von den USA ist sehr ambivalent, birgt sie doch die Gefahr einer zukünftigen Konfrontation", so die PDS-Abgeordnete.

Laut einem Beschluss vom vergangenen Jahr reicht es für EU-Interventionen aus, "in Einklang mit der UNO-Charta" zu stehen, einen Beschluss des Sicherheitsrats braucht es nicht. Sylvia-Yvonne Kaufmann sieht in dieser Selbstmandatierung eine Unterminierung des Gewaltverbots. Demgegenüber fordert sie die Linke auf, sich klar zur UNO zu bekennen und für ein zivil orientiertes Sicherheitssystem einzutreten. "Seit die Grünen zur Kriegspartei geworden sind, ist die PDS die einzige konsequente Friedenspartei", so die Abgeordnete zum Abschluss.

Bemerkenswert ist die Wende innerhalb der radikalen Linken. Sie macht sich Sorgen um die Eigenständigkeit Europas gegenüber den USA und hat sich zum Radikalpazifismus hingewendet. Sogar bewaffnete Befreiungsbewegungen werden kritisiert - Konflikte lassen sich nicht mit Waffen lösen.

In der momentanen politischen Konstellation in Europa

sind damit zwei Gruppen von MilitantInnen heimatlos geworden. Einerseits die Anti-ImperialistInnen, die zwar auch gegen die kapitalistischen Kriege sind, aber weit davon entfernt sind, Gewalt als Mittel grundsätzlich abzulehnen. Andererseits fühlen sich jene schlecht vertreten, die auf der Basis von Demokratie und Gerechtigkeit ein internationales Rechtssystem und damit einhergehender Weltpolizei herbeisehnen, einen absoluten Pazifismus also ablehnen. Mit den Positionen der Grünen, die mehrheitlich versuchen, die positiven Aspekte der Interventionen und der EU-Militarisierung zu betonen und zu verstärken, können sie sich natürlich auch nicht identifizieren.

Beide Gruppen, zusammen mit den absoluten PazifistInnen, sind sich allerdings einig darüber, wohin im Moment die Reise geht: Die UNO ist nicht mehr als ein Feigenblatt, und die EU rüstet um vom Schild zum Schwert, das ihre Interessen weltweit durchsetzen soll. Auch Luxemburg leistet dazu seinen Beitrag, wie Aloyse Bisdorff in Erinnerung rief, und auch in Luxemburg wird sich eine Front jener bilden, die klar und deutlich "Nein" dazu sagen.



Couverture: "Monopoly" de Michel Collon